

# **Muster für Rechtsbehelfsbelehrungen im Geschäftsbereich des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur**

Stand: September 2018

## **I. Allgemeine Hinweise**

### *1. Zweck und Rechtsgrundlagen*

Nach § 108 Abs. 5 Landesverwaltungsgesetz (LVwG) bzw. § 58 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) beginnt die Frist für einen Rechtsbehelf nur dann zu laufen, wenn der Adressat des Bescheides über den statthaften Rechtsbehelf und die hierfür zwingend erforderlichen Informationen (Stelle, bei der er einzulegen ist, deren Sitz und Frist) ordnungsgemäß belehrt wurde. Eine fehlerhafte Rechtsbehelfsbelehrung macht den Verwaltungsakt selbst nicht rechtswidrig. Sie führt aber dazu, dass der Bescheid nicht bestandskräftig wird und bis zu einem Jahr später angefochten werden kann.

### *2. Zustellung und Bekanntgabe*

#### a) Ausgangsbescheide

Für die Bekanntgabe eines Verwaltungsaktes gilt grundsätzlich § 110 LVwG. Bei schriftlichen Verwaltungsakten genügt daher die Übersendung per Post oder die persönliche Übergabe bspw. im Rahmen eines Gespräches. In der entsprechenden Rechtsbehelfsbelehrung wird daher der Begriff „Bekanntgabe“ verwendet. Eine förmliche Zustellung ist nach § 146 Abs. 1 LVwG regelmäßig nicht erforderlich. Behauptet der Empfänger jedoch einen späteren oder ganz fehlenden Zugang und legt konkrete Gründe dafür dar, gehen Zweifel zulasten der Behörde. Soll daher im Einzelfall die förmliche Zustellung als besondere Form der Bekanntgabe gewählt werden, empfiehlt sich die Zustellung durch die Post mit Zustellungsurkunde nach § 148 LVwG. Zudem ist dann zwingend in der Rechtsbehelfsbelehrung statt des Begriffes „Bekanntgabe“ der Begriff „Zustellung“ zu verwenden.

#### b) Widerspruchsbescheide

Ein Widerspruchsbescheid ist nach § 73 Abs. 3 Satz 1 VwGO zwingend förmlich zuzustellen. Deswegen wird in der entsprechenden Rechtsbehelfsbelehrung der Begriff „Zustellung“ verwendet. Wird der Widerspruchsbescheid nicht ordnungsgemäß zugestellt, beginnt die Monatsfrist für die Erhebung der Klage nicht zu laufen. Die Zustellung erfolgt nach den Vorschriften des Verwaltungszustellungsgesetzes (VwZG). Bei Eltern (vgl. § 2 Abs. 5 SchulG) bzw. volljährigen Schülerinnen und Schülern ist das regelmäßig die Zustellung durch die Post mit Zustellungsurkunde (§ 3 VwZG). Von anderen Formen (insb. dem Einschreiben, auch mit Rückschein) ist abzuraten. Hat eine Rechtsanwältin oder ein Rechtsanwalt eine schriftliche Vollmacht vorgelegt, muss der Widerspruchsbescheid an sie oder ihn zugestellt werden (§ 7 Abs. 1 Satz 2 VwZG), hierbei genügt die Zustellung gegen Empfangsbekanntnis (§ 5 Abs. 4 VwZG). Bei Zustellung an die Eltern ist für jeden Elternteil eine eigene, gesonderte Ausfertigung zuzustellen.

**Nachstehende Belehrungen gelten für Verwaltungsakte, die auf dem Gebiet des Schulrechts (regelmäßig gegenüber Schülern oder Eltern) erlassen werden: Sie finden keine Anwendung im Bereich des Beamtenrechts.**

**Die Belehrungen sind mit „Rechtsbehelfsbelehrung“ zu überschreiben.**

**Die jeweils mit „Hinweis“ gekennzeichneten Ergänzungen sind ebenfalls in den Bescheid zu übernehmen.**

**Die Zuständigkeiten im Widerspruchsverfahren regelt § 141 Abs. 1 und 2 SchulG. Gleichwohl ist der Widerspruch bei der Behörde zu erheben, die den Verwaltungsakt erlassen hat.**

## **II. Bescheide von Schulen**

### 1. Ausgangsbescheide

*(bspw. Aufnahme, Attestpflicht, schriftlicher Verweis nach § 25 Abs. 3 S. 1 Nr. 1 SchulG)*

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe bei der ...-Schule [genaue Benennung und Anschrift] Widerspruch erhoben werden.

### 2. Ausgangsbescheide

*(wg. Ordnungsmaßnahmen nach § 25 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2, 3 oder 4 SchulG sowie Entscheidungen nach § 25 Abs. 7 SchulG)*

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe bei der ...-Schule [genaue Benennung und Anschrift] Widerspruch erhoben werden.

**Hinweis:** Der Widerspruch hat keine aufschiebende Wirkung. Auf Antrag kann das Schleswig-Holsteinische Verwaltungsgericht, Brockdorff-Rantzau-Str. 13, 24837 Schleswig, die aufschiebende Wirkung des Widerspruchs ganz oder teilweise anordnen. Ist der Verwaltungsakt schon vollzogen, kann das Gericht die Aufhebung der Vollziehung anordnen.

### 3. Widerspruchsbescheide

Gegen den Bescheid vom ... in Gestalt dieses Widerspruchsbescheids kann innerhalb eines Monats nach Zustellung dieses Widerspruchsbescheids bei dem Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgericht, Brockdorff-Rantzau-Str. 13, 24837 Schleswig Klage erhoben werden. Die Klage wäre gegen die ... -Schule [genaue Benennung und Anschrift] zu richten.

### 4. Widerspruchsbescheide

*(wg. Ordnungsmaßnahmen nach § 25 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2, 3 oder 4 SchulG sowie Entscheidungen nach § 25 Abs. 7 SchulG)*

Gegen den Bescheid vom ... in Gestalt dieses Widerspruchsbescheids kann innerhalb eines Monats nach Zustellung dieses Widerspruchsbescheids bei dem Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgericht, Brockdorff-Rantzau-Str. 13, 24837 Schleswig Klage erhoben werden. Die Klage wäre gegen die ... -Schule [genaue Benennung und Anschrift] zu richten.

**Hinweis:** Die Klage hat keine aufschiebende Wirkung. Auf Antrag kann das Schleswig-Holsteinische Verwaltungsgericht, Brockdorff-Rantzau-Str. 13, 24837 Schleswig, die aufschiebende Wirkung ganz

oder teilweise anordnen. Ist der Verwaltungsakt schon vollzogen, kann das Gericht die Aufhebung der Vollziehung anordnen.

### **III. Bescheide von Schulämtern**

#### 1. Ausgangsbescheide

*(bspw. Zuweisungen, Beurlaubungen)*

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe bei dem Schulamt ... [genaue Benennung und Anschrift] Widerspruch erhoben werden.

#### 2. Ausgangsbescheid

*(wg. einer Ordnungsmaßnahme nach § 25 Abs. 3 Satz 1 Nr. 5 SchulG)*

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe bei dem Schulamt ... [genaue Benennung und Anschrift] Widerspruch erhoben werden.

**Hinweis:** Der Widerspruch hat keine aufschiebende Wirkung. Auf Antrag kann das Schleswig-Holsteinische Verwaltungsgericht, Brockdorff-Rantzau-Str. 13, 24837 Schleswig, die aufschiebende Wirkung des Widerspruchs ganz oder teilweise anordnen. Ist der Verwaltungsakt schon vollzogen, kann das Gericht die Aufhebung der Vollziehung anordnen

#### 3. Widerspruchsbescheide

*(nach Widerspruch gegen den Ausgangsbescheid einer Schule)*

Gegen den Bescheid der ...-Schule vom ... in Gestalt dieses Widerspruchsbescheids kann innerhalb eines Monats nach Zustellung dieses Widerspruchsbescheids bei dem Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgericht, Brockdorff-Rantzau-Str. 13, 24837 Schleswig Klage erhoben werden. Die Klage wäre gegen die ...-Schule [genaue Benennung und Anschrift] zu richten.

### **IV. Bescheide des MBWK**

#### 1. Ausgangsbescheide

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe bei dem Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgericht, Brockdorff-Rantzau-Str. 13, 24837 Schleswig Klage erhoben werden.

#### 2. Widerspruchsbescheide

*(nach Widerspruch gegen den Ausgangsbescheid einer Schule oder eines Schulamtes)*

Gegen den Bescheid der ...-Schule / des Schulamtes ... vom ... in Gestalt dieses Widerspruchsbescheids kann innerhalb eines Monats nach Zustellung dieses Widerspruchsbescheids bei dem Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgericht, Brockdorff-Rantzau-Str. 13, 24837 Schleswig, Klage erhoben werden. Die Klage wäre gegen die ...-Schule / das Schulamt ... [genaue Benennung und Anschrift] zu richten.

### 3. Widerspruchsbescheide

*(wg. der Ordnungsmaßnahme eines Schulamtes nach § 25 Abs. 3 Satz 1 Nr. 5 SchulG)*

Gegen den Bescheid des Schulamtes ... vom ... in Gestalt dieses Widerspruchsbescheids kann innerhalb eines Monats nach Zustellung dieses Widerspruchsbescheids bei dem Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgericht, Brockdorff-Rantau-Str. 13, 24837 Schleswig Klage erhoben werden. Die Klage wäre gegen das Schulamt ... [genaue Benennung und Anschrift] zu richten.

**Hinweis:** Die Klage hat keine aufschiebende Wirkung. Auf Antrag kann das Schleswig-Holsteinische Verwaltungsgericht, Brockdorff-Rantau-Str. 13, 24837 Schleswig, die aufschiebende Wirkung ganz oder teilweise anordnen. Ist der Verwaltungsakt schon vollzogen, kann das Gericht die Aufhebung der Vollziehung anordnen.